

## Presseinformation 55-19

### **Von wegen alles nur grüne Städter Emnid-Umfrage zeigt breite Unterstützung für Ziele des Volksbegehrens – Mehrheit wünscht Blühflächen und Pestizidverbot**

**Hilpoltstein, 12.07.2019 – Am 17. Juli wird der Gesetzesentwurf des Volksbegehrens Artenvielfalt endgültig ins bayerische Naturschutzgesetz überführt. Im Vorfeld zeigt eine repräsentative Umfrage des LBV, wie groß auch weiterhin die Unterstützung der bayerischen Bevölkerung für mehr Naturschutz im Freistaat ist. Als einer der Hauptträger des Volksbegehrens hatte der LBV das Meinungsforschungsinstitut Kantar Emnid damit beauftragt. Die im Juni durchgeführte Erhebung stellt klar, dass über drei Viertel der insgesamt mehr als 1.000 Befragten aus allen Bevölkerungsgruppen die Ziele des Volksbegehrens befürworten. Ebenso weit verbreitet ist der Wunsch nach einem Verbot von Pestiziden auf Gemeindeflächen und in Privatgärten. Überraschend hoch ist vor allem aber der Wunsch nach Blühflächen: 90 Prozent der Befragten sprechen sich für mehr Blühflächen in Städten und Gemeinden aus, ein klares Signal an die Landes- und Lokalpolitik.**

Im Auftrag des LBV führte Kantar Emnid im Zeitraum vom 5. bis 21. Juni eine Befragung von insgesamt 1.022 Personen aus allen Einkommens- und Wählerschichten durch. Das Ergebnis zur Frage „Unterstützen Sie die Ziele des Volksbegehrens "Rettet die Bienen"?" ist dabei eindeutig: Sie werden mit 76 Prozent von einer breiten Mehrheit und durch alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen unterstützt. „Die Umfrage widerlegt somit eindeutig die häufig verbreitete Unterstellung, dass die Unterstützer des Volksbegehrens in erster Linie ‚grüne Städter‘ seien“, so Schäffer. In Gemeinden zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern gaben über 90 Prozent der Befragten an, die Forderungen des Volksbegehrens zu unterstützen. Auch im ländlichen Bereich lag die Zustimmung bei knapp 70 Prozent und somit kaum weniger, als in der Stadt München (73 Prozent). Auch Wahlverhalten und Parteinähe spielen keine große Rolle: Die geringste Zustimmung kam von FDP- und CSU-Wählern, doch auch bei diesen fanden die Ziele des Volksbegehrens mit über 50 bzw. über 60 Prozent der Befragten.

Detaillierter beleuchtet die Umfrage auch die Haltung der Bevölkerung zu Pestizidverboten und dem Wunsch nach mehr Blühflächen. Das eindeutige Ergebnis dazu überrascht selbst den Vorsitzenden des LBV: „Dass sich 90 Prozent der Menschen in Bayern für mehr Blühflächen in ihren Gemeinden und Städten aussprechen, haben selbst wir als LBV nicht erwartet. Das Ergebnis zeigt uns, dass wir mit unserer

Naturschutzarbeit richtig liegen und sendet aber vor allem ein klares Signal an die Staatsregierung, die Kommunen mehr in die Pflicht zu nehmen. Die Bürger wollen den Verlust von Artenvielfalt nicht länger hinnehmen und wünschen sich überall mehr Natur.“

In der Pflicht sieht Schäffer aber auch die Regierungskoalition, wenn es nächste Woche um die Verabschiedung des Gesetzespaketes zum Volksbegehren Artenvielfalt geht. „Der Einsatz von Pestiziden auf Gemeindeflächen und Privatgärten muss verboten werden. Das ist nicht nur die Meinung einer Handvoll von Naturschützern. Unsere vorliegende Emnid-Studie zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich hier klare Regulierungen und Gesetze wünscht“, so Schäffer. Angesprochen auf den Einsatz von Pestiziden befürwortet 76 Prozent der Befragten in Stadt und Land ein Verbot auf Gemeindeflächen und 72 Prozent ein Verbot in Privatgärten. Der LBV hatte erst diese Woche private Gartenbesitzer zu einem freiwilligen Verzicht auf Gift im Garten aufgerufen.

Darüber hinaus versuchen Lobbyverbände nach wie vor Vereinbarungen, die am Runden Tisch getroffen wurden, so zum Beispiel zu großen Waldschutzgebieten, nachträglich aufzuweichen und zu verwässern, indem sie Druck auf die Politik ausüben. Dies steht im krassen Gegensatz zu dem im Konsens vereinbarten Abschlussbericht zum „Runden Tisch Arten- und Naturschutz“ von Alois Glück. „Jetzt muss die Politik auch Wort halten“, appelliert Schäffer.

---

**Für Rückfragen LBV-Pressestelle:**

**Markus Erlwein | Sonja Dölfel, E-Mail: [presse@lbv.de](mailto:presse@lbv.de), Tel.: 09174/4775-7180 | -7184. Mobil: 0172-6873773.**

**Kostenfreie Bilder** zu dieser Pressemitteilung finden Sie unter [www.lbv.de/presse](http://www.lbv.de/presse). Bitte beachten Sie den dortigen Hinweis zur Verwendung.

Möchten Sie keine Pressemitteilungen von uns mehr erhalten, schreiben Sie bitte eine kurze E-Mail an [presse@lbv.de](mailto:presse@lbv.de).